Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 5 (1925-1926)
Heft: 2

Artikel: Das Problem Italiens
Autor: Lessing, Kurt
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-155739

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Artikel 2 der Bundesverfaſſung eher zu mehren und ſtärken bereit ſein, als wenn ſie das Empfinden haben, von einer ihnen fremden Macht, einer „ſechsundzwanzigſten Staatsgewalt", dazu verlockt, überliſtet oder gezwungen worden zu ſein oder zu werden.

Durch dieſes ſouveraine Bewußtſein der Intereſſenſolidarität der Kantonsvölker wird das Ganze entſchieden erſprießlicher gedeihen als im Antagonismus einer ſelbſtherrlichen, uſurpierten Bundesgewalt zu den hiſtoriſch fundierten Kantonsſtaatsgewalten.

Mag der „Bund" politiſch wieder das werden, als was er gedacht war: der Treuhänder der gemeinſamen Intereſſen aller zweiundzwanzig Kantonsvölker, jener Eine im Dienſte Aller.

Das Problem Italiens.

Von **Kurt Leſſing.**

Muſſolini hatte mit ſeinem militäriſchen Orden den Staat vor dem Zerfall, vor der kommuniſtiſchen Revolution gerettet, indem er ihn eroberte. Wie ſollte ſich das Verhältnis des Ordens zum Staat geſtalten? Zwei volle Löſungen dieſer Frage gab es. Nachdem er ſeine Aufgabe erfüllt, löſt ſich der Orden auf. Er geht im Staate auf. Dieſem bleiben die ſtarken Impulſe, die jungen, tatkräftigen und für Italien begeiſterten Männer, aber dieſe ſind nicht mehr Fasziſten, ſondern nichts als Staatsbürger. Die andere Löſung. Der Orden bleibt beſtehen, hält die erworbene Macht feſt in der Hand und wird ſelbſt Staat. Alles, was nicht zum Orden gehört, gehört nicht zum Demos (mit hinkendem Vergleiche: wie einſt in Sparta).

In der Geſchichte ſind ſolch völlige Löſungen ſelten. Es iſt in Italien noch nicht zu einer Löſung gekommen, das Verhältnis: Staat-Fasziſtenorden iſt noch in der Entwicklung. Betrachten wir die bisherige Entwicklung.

Mit dem Zuge auf Rom war Muſſolini Herr des Staates. Er ließ die politiſchen Einrichtungen Königtum, Parlament (und Heer) beſtehen. Er fügte ſich ihnen ein, indem er ſich vom König zum Miniſterpräſidenten ernennen ließ. Hierdurch wurde die Revolution legaliſiert und geſchloſſen. Aber der Orden ging nicht im Staate auf. Muſſolini blieb der Duce. Er verfügte gleichzeitig als Haupt der verfaſſungsmäßigen Verwaltung über die verfaſſungsmäßigen Machtmittel des Staates und als Haupt des Ordens über deſſen außerſtaatliche Machtmittel. Zwei große Organismen durch Perſonalunion in ihren Spitzen verbunden. Aber nur das gemeinſame Haupt, nur Muſſolini allein verbürgt den Frieden. Und nur ſolange, als er Muſſolini bleibt: im Vollbeſitze der Macht als Miniſterpräſident und als Duce. Was wird nach ihm? Ein ſolcher Mann iſt unerſetzlich. Das rein perſönliche Werk erträgt den Nachfolger nicht.

Wir glauben nun einen Versuch zu sehen, den Orden im Staate aufgehen zu lassen, so, daß nach einiger Zeit — nicht nach Monaten, sondern nach Jahren — nur noch der Staat übrig bleibt, aber durchflutet von faszistischem Blut. Faszisten werden in die Staatsverwaltung eingesetzt, alle hohen Ämter kommen an sie. Das ist die Beherrschung des Staates durch den Orden! — Scheinbar wohl, und anfangs auch tatsächlich, aber es ist doch auch die Amalgamierung von Staat und Orden, das Resultat soll der mit faszistischem Geiste getränkte Staat sein, aber eben der Staat, er allein, der Dualismus ist verschwunden, die Einheit wieder hergestellt. Nicht mehr zwei Organismen, deren Konflikt nur durch den starken Mann an beider Spitze verhütet werden kann, sondern ein Organismus; und der starke Mann ist nicht mehr notwendig. Die Lebensgefahr für Italien beim Abgang Mussolinis ist beschworen, sein Werk kann dauern.

Dieser Versuch ist gescheitert. Gescheitert an den Tausenden der Einzelnen. In dem einzelnen zum Staatsbeamten gemachten Faszisten soll die Amalgamierung Staat-Orden vor sich gehen. Sie geht nicht vor sich (wir verallgemeinern bewußt). Diejenigen, die Diener des Staates sein sollten, möchten den Staat zum Diener des Ordens machen. Nicht die Kraft des Faszismus wird in den Dienst des Staates gestellt, sondern das Staatsamt mit seiner Macht in den Dienst der Interessen der regionalen Ordensverbände und oft genug der Einzelnen. Das ist begreiflich genug; eine Beamtenschaft im wahren Sinne läßt sich nicht plötzlich schaffen. Langsam nur entsteht sie, baut sich auf auf moralischer Erziehung und Tradition. Wir sehen es nach jeder Revolution: die neue Ordnung leidet unter einer schlechten Beamtenschaft. Man muß auf politische Gesinnung abstellen und nun drängen sich eine Menge gesinnungsloser Leute hinzu, die die Macht reizt, und die deshalb in „Gesinnungstüchtigkeit" machen. Was sie reizt, ist die Macht, und sie mißbrauchen sie. Mit der Zeit werden sie ausgemerzt, doch dauert dies Jahre.

Mißbrauch der Staatsgewalt durch die einzelnen Beamten im persönlichen Interesse und in dem des Klüngels, Beugung und Vergewaltigung des Rechts haben einen heftigen Widerstand erzeugt. Die Opposition läuft Sturm nicht nur gegen den einzelnen Faszisten, der nicht dem Staate, sondern nur sich oder seinesgleichen dient, sondern gegen den Faszismus selbst. Dadurch wird die von Mussolini gewollte Entwicklung aufgehalten. Der begonnene Amalgamierungsprozeß stockt. Angegriffen, zieht sich der Orden auf sich selbst zurück. Er kämpft um Macht und Existenz, und damit gewinnen notwendigerweise die Extremen die Oberhand. Die Extremen, die nicht das Aufgehen des Ordens im Staat, sondern die Herrschaft über den Staat wollen.

Es ist ein tragischer Kampf, den Mussolini geführt hat und noch führt. Er muß kämpfen gegen die Feinde des Faszismus und gegen diejenigen, die sich seine Treuesten nennen.

Einen Versuch zur Amalgamierung von Staat und Orden müssen wir noch nennen. Das Heer des Faszismus, die Miliz, stand außer-

halb des Staates. Muſſolini hat es dann auf den König ſchwören laſſen und es ſo dem Staat einverleibt. Aber der Schritt — und das iſt das Typiſche und vielleicht das Verhängnisvolle — iſt nicht ganz gemacht worden. Die eidliche Verpflichtung auf den Duce iſt geblieben. So hat die Miliz zwei Herren, und wieder wird der Konflikt, — der hier im höchſten Maße Gewiſſenskonflikt wird — nur ſo lange vermieden, als der ſtarke Mann zugleich Staat wie Orden beherrſcht.

Und nun ein weiterer Amalgamierungsverſuch, vielleicht der wichtigſte. In der Kammer ſollen ſich Volksvertretung und Faszismus verſchmelzen. Das Ergebnis: eine von faziſtiſchem Geiſte erfüllte Volksvertretung! — Jeder Abgeordnete — wie jeder Senator — ſchwört dem Könige Treue und der Verfaſſung und den Geſetzen Gehorſam, er ſchwört, ſeine Abgeordnetentätigkeit auszuüben col solo scopo del bene inseparabile del Re et della Patria. Die Faziſten in der Kammer aber ſind dem Duce zu Gehorſam verpflichtet. Für ſie gilt das untrennbar Beſte für König und Vaterland nicht mehr voll als einziges Ziel. Ein drittes iſt hinzugetreten, richtiger, es war ſchon vorher da: der Orden und ſein Haupt. Und zum dritten Mal das gleiche: der Frieden hängt von der Perſon des Miniſterpräſidenten-Duce ab. — Auch dieſer Verſuch iſt geſcheitert.

Die Kammer ſollte nicht nur zur Amalgamierung dienen, ſie ſollte auch von Muſſolini das Odium der Diktatur nehmen und Italien zu einem wirklich verfaſſungsmäßigen Leben hinüberführen, und ſo Muſſolinis Werke Dauer verleihen. Hinüberführen, der Schein ſollte allmählich Wirklichkeit werden. Hier hat nun Muſſolini einen großen Fehler gemacht, da er das Moraliſche nicht in Rechnung ſtellte. Er glaubte, als er ſich entſchloß, mit einer Kammer zuſammenzuarbeiten, ſicher gehen zu müſſen, und ſo ließ er ſie nach einem Wahlgeſetz wählen, das den Faziſten die Mehrheit ſicherte. Eine Kammer, in der einer Partei die Mehrheit künſtlich (Wahlgeſetz) von vornherein geſichert iſt, kann nicht mehr als wahre Volksvertretung angeſprochen werden und beſitzt deshalb das Anſehen einer ſolchen nicht. Eine Kammer, deren Mehrheit dem Willen der Regierung unterworfen iſt, wird zum Jaſageapparat. Mögen die Debatten ſein, wie ſie wollen, der Abſtimmung iſt die Regierung ſicher. Das iſt ſchlecht verhüllter Abſolutismus.

Tatſächlich iſt die Regierung Muſſolinis unumſchränkt. Die heutige Kammer kann ſich der Regierung des Duce nicht widerſetzen, und der Senat hütet ſich, gegen den geſchloſſenen Willen von Regierung und Kammer anzurennen. Alſo iſt die Regierung ſehr ſtark! — Die Geſchichte zeigt uns, daß eine unumſchränkte Regierung viel ſchwächer iſt als eine ſolche, die ein Parlament mit eigenem Willen und vom Vertrauen des Volkes getragen, zur Seite hat. Wir finden es zwar immer noch in volkstümlichen Geſchichtsdarſtellungen ausgeſprochen, im ancien régime ſei die Regierung des fürſtlichen Abſolutismus im Innern außerordentlich ſtark geweſen, ſie konnte tun, was ſie wollte. Tatſächlich hat eine Regierung des heutigen Frankreich viel mehr Macht, als ſie je ein Ludwig XIV. beſeſſen. Gewiß, der König von Frankreich konnte ſich

diese und jene Willkürhandlung leisten, die heute einem Minister wohl den Sessel kosten würde, aber in den eigentlichen Regierungshandlungen, wie zaghaft war da der sogenannte Absolutismus des ancien régime!

Es ist hier nicht der Ort, darauf einzugehen, daß damals der Staat noch nicht souverän über das Recht war, daß die obersten Gerichtshöfe (in Paris le Parlement) darauf fußend als Hüter der Grundgesetze Frankreichs nahezu jeder Änderung des Rechts starken und meist erfolgreichen Widerstand entgegenstellten, wir wollen nur darauf hinweisen, in welchem Verhältnis die absolute Regierung zur öffentlichen Meinung stand und steht. Und diese ist, zumal im inneren Leben des Staates, eine Macht ersten Ranges und war es immer.

Eine unumschränkte Regierung steht unmittelbar den Regierten gegenüber. Sie trägt die ungeteilte Verantwortlichkeit für alles, was sie tut und unterläßt. Sie ist an allem schuld, und die öffentliche Meinung wirft sich auf sie und zerzaust sie. Und als Waffe gegen diese hat sie nur Polizei und Gerichte, die schlechteste Waffe. Das ancien régime kannte die Preßfreiheit nicht, es gab auch noch kaum Zeitungen im heutigen Sinne des Wortes. Handzettel, Flugschriften, Spottgedichte, Karikaturen und Pamphlete aber gab es, gab es reichlich, und gegenüber ihrer Sprache erscheint das zahm, was sich heute eine Oppositionspresse gestattet. Diese öffentliche Meinung fürchteten die absolutistischen Regierungen.

Eine unabhängige Volksvertretung bindet und kontrolliert die Regierung doch nicht allein, sie stärkt sie ganz außerordentlich den Regierten gegenüber. Nie wird eine solche Regierung die öffentliche Meinung geschlossen gegen sich haben, denn sie hat die Parlamentsmehrheit für sich, die einen guten Teil der Verantwortung mitträgt. Gegen sich hat eine solche Regierung nur die Opposition, und gegen diese zu kämpfen im Parlament, in Zeitungen und Versammlungen, kann die Regierung zum guten Teil der Mehrheit überlassen. Der Kampf wird viel mehr zwischen Mehrheit und Opposition, als zwischen Regierung und Opposition ausgefochten. Die Regierung kann der Opposition alle Freiheit der Meinungsäußerung lassen, sie ist stark genug dazu.

Außerordentlich bezeichnend für das heutige Regime in Italien ist die häufige Einziehung der Zeitungen der Opposition, ist die ganze Beschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung. Die Regierung ist der öffentlichen Meinung gegenüber sehr empfindlich. Das ist ein Zeichen von Schwäche. Die Regierung steht eben allein. Diese willenlose Kammermehrheit teilt weder vor dem Lande mit ihr die Verantwortung, noch dient sie ihr als Schutz gegen die öffentliche Meinung. — Je bedeutungsloser die Kammermehrheit, um so bedeutungsvoller die Minderheit. Würde die Kammermehrheit im Lande Ansehen genießen, die Opposition würde nicht mehr Bedeutung haben, als in irgend einem andern Lande. So aber kämpfen die Männer der Opposition gegen die Vergewaltigung durch die Mehrheit der Ordensvertreter und erscheinen dadurch als die eigentlichen und einzigen Vertreter des Volkes. Ein

gefährlicher Zuſtand. (Man wird in einigem an die franzöſiſche Kammer unter Louis Philippe erinnert. Sie vertrat nur einen kleinen Teil des Volkes, den „pays légal“, und arbeitete zu deſſen Gunſten. Außerdem war unter Guizot die Kammermehrheit durch die großartige Korruption der Regierung gefügig. Louis Philippe hat der Form nach völlig geſetzmäßig regiert. Trotzdem kam die Revolution und die Kammer konnte die Krone nicht ſchützen, da ihr das Anſehen im Volke fehlte.)

Muſſolini hat erkannt, daß eine ſo zuſtande gekommene und zuſammengeſetzte Kammer ſeine Regierung nicht ſtärkt, daß durch ſie die Amalgamierung von Staat und Orden nicht gefördert, vielmehr hintangehalten wird. Er hat die Kammermehrheit gezwungen, ein neues Wahlgeſetz anzunehmen, das mit der künſtlichen Bevorzugung einer Partei bricht. Es ſind reine Majorzwahlen in den einzelnen Bezirken vorgeſehen. Der Ausgang der Wahlen iſt völlig ungewiß. Sind ſie frei, ſo wird die ſo gewählte Kammer als Volksvertretung angeſprochen werden können. Das Vertrauen kann wiederkehren. Die Regierung wird eine Kammer neben ſich haben, auf die ſie ſich ſtützen kann.

Die Regierung; die Muſſolinis? Wir ſind in die geheimen Gedankengänge des Mannes nicht eingeweiht, ſind aber ſicher, daß er ein großes Ziel immer vor Augen hat: ſeinem Werk zu Dauer zu verhelfen. Das neue Wahlgeſetz wird den Faſziſten Verluſte bringen, ſie werden wahrſcheinlich nicht mehr die Mehrheit in der Kammer haben. Gerade das will, glauben wir, Muſſolini. Bilden ſie die Mehrheit, ſo hat er wieder die durch Ordensdisziplin gehorſame Kammer, der das Anſehen im Lande fehlt. Gelingt es aber, die faſziſtiſche Minderheit in der Kammer durch freiwilligen Anſchluß anderer Parteien zum Kerne einer Mehrheit zu machen, ſo iſt außerordentlich viel gewonnen. Er hat dann eine Mehrheit, die auf dem freiwilligen Zuſammenarbeiten mit der Regierung beruht, der er nicht befehlen kann. Innerhalb der Mehrheit aber bleibt ihm, um ſie zu lenken, immer der zuverläſſige Kern der Faſziſten. So wird er regieren können, nicht mehr im ſchlechtverhüllten Abſolutismus, ſondern wirklich verfaſſungsmäßig. Im Regierungsblock vollzieht ſich die Amalgamierung von Staat und Orden und kann ſich von dort aus weiter ausbreiten. Das Land wird ſich beruhigen, denn nun iſt es nicht allein der Orden, der im Beſitze der Kammermehrheit und der Regierung ihm das Geſetz auferlegt. Um die Regierungskoalition nicht zu ſprengen, werden die extremen Faſziſten ihre Wünſche zurückſchrauben müſſen. — Die faſziſtiſche Mehrheit in der Kammer wurde dieſer zum Verderben, eine faſziſtiſche Minderheit kann ihr und dem Lande zum Heile gereichen. An die Stelle der Maſſe und der Gewalt kann der Geiſt treten. Statt der Beherrſchung der Kammer durch den Orden eine auf freiwilliger Zuſammenarbeit zuſtande gekommene Mehrheit, aber dieſe durchtränkt von faſziſtiſchem Geiſt. Das kann dauern.

Dieſe Löſung mag Muſſolini vorſchweben. Ob ſie verwirklicht wird, können nur Propheten ſagen. Die Hinderniſſe ſind groß und liegen zum guten Teil in den Reihen des Ordens ſelbſt. Die einen, die

aus Eigennutz, die andern, die aus einem Idealismus heraus die Herrschaft des Ordens über den Staat und nicht sein Aufgehen in ihm wollen, stellen sich ihr entgegen. Wird Mussolini über die Meister werden?

Es hat in der letzten Zeit den Anschein, als seien die Extremen über ihn Meister geworden. Da ist einmal die Auflösung des Bundes der Frontkämpfer, dann der Aufruf für den 22. März, den Gründungstag des Ordens, und die an ihm gehaltenen Reden. (Man sollte solche Aufrufe und Reden nie in deutscher Übersetzung lesen. Der Superlativ des Italienischen mit einem Superlativ im Deutschen übersetzt gibt ein falsches Gewicht. Liest man den italienischen Text und denkt sich dabei in die Mitte einer römischen oder gar neapolitanischen Volksmenge, für welche er ja bestimmt ist, so wird man eher zur richtigen Einschätzung gelangen.) Vor allem aber die Ernennung des Führers der Extremen, Farinaccis, zum Generalsekretär der Partei. Nun ist es wohl möglich, daß Mussolini nach altem Rezept den unruhigen Mann in eine verantwortungsvolle Stelle gesetzt hat, wo er die Dinge „von oben zu sehen" lernt, um ihn von seinem extremen Denken und Wollen abzubringen, es kann aber auch sein, daß die Ernennung Farinaccis die Kapitulation Mussolinis vor den Extremen bedeutet. Schon letzten Herbst ist uns von Italienern berichtet worden, man fürchte, Mussolini werde der extremen Richtung unterliegen, vielleicht infolge einer Art Palastrevolution. Dann würde Farinacci Herr und mit ihm der integrale Faszismus. Und dann? fragten wir. Ein Achselzucken und daraufhin: lange würde das nicht dauern.

Darüber, wie es mit dem Kampfe Mussolinis mit seinen „Getreuesten" steht, der viel gefährlicher als der mit dem Aventin ist, wissen wir wenig. Wir sehen Farinacci im Orden an zweiter Stelle unmittelbar hinter dem Duce stehen, und diese Tatsache ist bedenklich genug.

Entscheidend scheint uns zu sein, ob Mussolini bald die Kammer durch königliches Dekret auflöst und Neuwahlen nach dem neuen Gesetze vornehmen läßt. Dann fühlt er sich noch stark genug, den neuen — und wohl letzten — Versuch zu machen, das Verhältnis des Ordens zum Staate so zu lösen, daß seinem Werke Dauer beschieden ist. Dieser Versuch muß aber auch gelingen. Es muß eine Mehrheitskoalition zustande kommen, an der die faszistischen Abgeordneten beteiligt sind. Läßt sich eine solche nicht bilden, entsteht eine Mehrheit ohne die Faszisten, so müßte die Regierung zurücktreten. Hier nun ist das unheilvolle Dilemma, das über der nahen Zukunft Italiens schwebt.

Wir sahen, der Konflikt zwischen Orden und Staat wird nur vermieden, solange der starke Mann an der Spitze von beiden steht. Tritt Mussolini als Ministerpräsident zurück, weil sich eine faszistenfeindliche Kammermehrheit gebildet hat, so klaffen Staat und Orden auseinander. Wie soll ein Ministerium regieren mit den Faszisten in der Opposition? In der Kammer ginge es, da entscheidet die Stimmenzahl. Aber im Lande. All die faszistischen Beamten, vor allem die Miliz, werden sich

dieſe der Regierung fügen? Wie ſteht es mit der Armee? Muſſolini müßte Übermenſchliches können, wenn er den Kampf verhinderte. Und wird er es über ſich gewinnen, ihn verhindern zu wollen? Würden ihm das die Extremen erlauben? — Die andere Möglichkeit: die Regierung tritt trotz der feindlichen Kammermehrheit nicht zurück. Auflöſung und Neuwahlen. Was nützt das! Nun heftigſte Spaltung des Volkes in Fasziſten und ihre Feinde. Sind die Wahlen frei, ſo wird das Reſultat kaum anders ſein, Wahlterror kann wohl eine fasziſtiſche Mehrheit ſchaffen, aber dann iſt man wieder ſo weit, wie heute, nur iſt die Erbitterung noch ſtärker. Das brächte keine Löſung. Die dritte Möglichkeit: keine Neuwahlen, Bruch der Verfaſſung, diktatoriſche Regierung. Die materielle Macht dazu iſt vorhanden. Dann wäre die Entwicklung vorgeſchrieben. Die Extremen erlangen endgültig die Oberhand. Keine Ausſöhnung mehr zwiſchen Staat und Orden. An die Stelle der Geſetze tritt die Gewalt, an die Stelle des Staates der Orden, der Orden herrſcht als Staat über das Land. Ein Zuſtand der Gewalt, der nur wieder der Gewalt weichen wird.

* * *

Der durch Miniſterialdekret abgeſetzte Vorſtand des Frontkämpferbundes hat ſich hilfeſuchend an den König gewandt. Vielfach hat man in den letzten Monaten in Italien den Ruf nach dem Eingreifen der Krone vernommen. Tatſächlich iſt die Krone die einzige politiſche Inſtitution des italieniſchen Staates, die noch „fasziſtenfrei" iſt. Sehr viele Italiener glauben, daß nur die Krone das Land aus der ſtändigen politiſchen Kriſis und aus dem drohenden Konflikt zwiſchen Staat und Orden retten kann.

Wird die Krone dieſe Aufgabe auf ſich nehmen und wird ſie ſie erfüllen können? Das iſt die große Frage. Einmal ſchon hat ſie verſagt. Weil das parlamentariſche Königtum Victor Emanuels III. in den Jahren nach dem Kriege ſeiner Aufgabe nicht gewachſen war, konnte der Faszismus zur Macht kommen. Um das Land, dem die verfaſſungsmäßigen Gewalten nicht helfen konnten, zu retten, griff Muſſolini ein. Er machte ſeine Revolution gegen die Regierung des Königs. Muſſolini hatte die Macht, den König abzuſetzen. Er tat es nicht, weil es ihn ſo richtiger dünkte. Der König nahm dieſe Gnade an, blieb König neben dem Diktator und übertrug dieſem die Macht, die er ſchon hatte. Sicherlich nicht deshalb hat Victor Emanuel ſich entſchloſſen, mit dem Revolutionär ſeinen Frieden — der eine Unterwerfung war — zu machen, weil er ſich vom Throne nicht trennen konnte. Im Gegenteil, er zwang ſich, zu bleiben, weil er der Überzeugung war, daß Italien das Königtum erhalten bleiben muß, weil es noch Aufgaben zu erfüllen hat. Es war ein großes perſönliches Opfer, das der König im Oktober 1922 ſeinem Lande brachte, als er die Krone nicht niederlegte. Und er hat weiſe gehandelt. So iſt dem Lande das Organ geblieben, das allein noch rein ſtaatlich iſt und das vielleicht vermag,

ohne Bürgerkrieg das Land wieder zu einem normalen Zustand zurückzuführen.

Aber, uns dünkt, es eilt. Neben dem Diktator geht das Ansehen der Krone zugrunde. Das Königtum verliert seine moralische Existenzberechtigung, wenn es dem Ruf nach Hilfe allzulange nicht folgt. Der Augenblick kann nicht mehr allzufern sein, in dem der König sich entscheiden muß, ob er eingreifen oder durch Untätigkeit die Monarchie vernichten will. Es ist heute noch möglich, daß das Ansehen der Krone, voll eingesetzt, genügend Anhänger im Lande findet, daß sich die Mehrzahl der Italiener, vor die Wahl: Victor Emanuel oder Mussolini gestellt, sich für den König entscheidet. Sicher allerdings ist es nicht und wird von Monat zu Monat unsicherer: weil durch die Tatenlosigkeit das Ansehen der Krone schwindet. Setzt sich die Krone für ihre höchste Aufgabe: für die Existenz des Staates ein, so kann sie den Staat retten. Sie kann aber auch unterliegen und vernichtet werden. Versagt sie sich ihrer Aufgabe, so ist sie verloren.

Die politische Krisis, in der sich Italien befindet, ist demnach auch eine Krisis des Königtums, der monarchischen Staatsform. Das wäre heute so weltbewegend nicht. Doch, ob Monarchie oder Republik, scheint uns für Italien von größter Bedeutung.

„La Monarchia ci ha unito, la Repubblica ci dividerebbe“ hat Crispi am 18. November 1864 in der italienischen Kammer als sein politisches Glaubensbekenntnis ausgerufen. Wir glauben allen Ernstes, daß Crispis Wort noch heute gilt. So mancher Italiener hat es uns wiederholt und Republikaner von Haus aus, Schweizer in Italien, haben uns vielfach erklärt und, je länger sie im Lande waren, um so entschiedener: für Italien bin ich Monarchist. Geht die Monarchie zugrunde, so geht auch die Einheit zugrunde. — Einer von ihnen verglich das heutige Königtum mit dem der späteren Merowinger. Es sei ein Scheinkönigtum, der Hausmeier habe alle Macht. Der Vergleich hat manches für sich. Aber: die Hausmeier gründeten eine neue Dynastie, das Königtum ging auf die Pippiniden über, die wir dann als Karolinger ein Riesenreich gründen sehen. Der heutige Hausmeier wird keine Dynastie gründen, dafür sind die Zeiten vorbei. Italien wird Königreich unter dem Hause Savoyen sein, oder es wird kein Königreich sein.

Bedeutet Monarchie für Italien Einheit, Republik aber Zerfall, so heißt das Problem Italiens, vor dem es heute steht, überhaupt: Einheit oder Zerfall. Bei der jetzigen, durch den Faszismus hervorgerufenen Krisis, handelt es sich letzten Endes um die Existenz der europäischen Großmacht Italien.

Wir wissen wohl, daß diese Behauptung sehr gewagt erscheinen wird. Beweisen können wir sie nicht. In der Geschichte und Politik läßt sich in dieser Richtung nie etwas beweisen, denn jedes Ereignis ist einzigartig, und so gibt es keine Analogieschlüsse. Andere erst recht nicht. Aber wir glauben, unsere Behauptung stützen zu können.

Am besten würden wir unsere Behauptung stützen, wenn wir eine Geschichte des italienischen Königtums (nicht: Königreichs) seit seiner

Begründung ſchreiben würden. So lockend dies wäre, ſo intereſſant gerade hier, mehr als bei einem anderen Lande, das Ineinandergreifen von äußerer und innerer Politik iſt, dieſe Zeitſchrift iſt nicht der Ort dafür. Es möge aber erlaubt ſein, in möglichſter Kürze die Behauptung zu ſtützen, die Monarchie ſei für die Einheit Italiens weſentlich, woraus ſich die Stellung des Auslandes zur Monarchie des Hauſes Savoyen ergeben wird und die ganze Entwicklung, an deren — bisherigem — Ende die heutige Kriſis ſteht.

Criſpis oben angeführte Worte erhalten beſonderen Wert dadurch, daß er zuerſt Republikaner, und zwar extremer, mazziniſtiſcher Richtung war. In ſeinem Herzen iſt er auch immer Republikaner geblieben. Aber aus Überlegung und Erfahrung iſt er rein verſtandesmäßig Monarchiſt geworden. Auch ſein Freund, Italiens großer Volksheld, Garibaldi, war Republikaner und blieb es im Herzen, und doch hat er Sizilien und Neapel unter dem Rufe: Italia e Vittorio Emanuele! erobert. Die Tricolore mit dem Wappen des Hauſes Savoyen im weißen Feld: questa bandiera è la sola che si possa tener alta dall'Italia tutta (ruft Criſpi). Ganz allgemein: Die Monarchie hat für die wenigſten Italiener einen Gefühlswert. Nur in Piemont beſteht eine durch die Jahrhunderte erwachſene innige Anhänglichkeit an das Haus Savoyen. Sonſt iſt der italieniſche Geiſt eher republikaniſch. Begreiflich: die alte republikaniſche Tradition der Städte, die in Italien alles ſind, und die Mißwirtſchaft der fremden Dynaſtien, ihre antinationale Einſtellung. Nicht durch das Gefühl, ſondern durch ſeine ragione wird der Italiener Monarchiſt. Und weshalb durch die ragione? Weil ſie ihm ſagt: die Monarchie verbürgt die Einheit Italiens.

Genau wie Criſpi dachte ein ſo guter Kenner Italiens, wie Fürſt Bülow, der Schwiegerſohn der Donna Laura Minghetti und langjähriger deutſcher Botſchafter in Rom. An vielen Stellen ſeiner amtlichen Schreiben kann man es finden: wenn die Dynaſtie fällt, zerfällt Italien. Die gleiche Überzeugung finden wir bei den ſtändigen Räten am Quai d'Orſay. Die Kenntnis hierüber können wir allerdings nicht aus franzöſiſchen Akten ſchöpfen — ſie ſind noch unzugänglich —, aber die franzöſiſche Politik zeigt ſie uns. Die ganze ſtarke Einwirkung Frankreichs auf die öffentliche Meinung Italiens erfolgt in antimonarchiſtiſchem Sinne. Weshalb? Weil die Monarchie die Einheit verbürgt.

Die nahezu gleichzeitige Bildung der beiden Nationalſtaaten an ſeinen Grenzen, Deutſchlands und Italiens, war für Frankreich der ſchwerſte Schlag, den es in den letzten Jahrhunderten erlitten hat. Daß Frankreich in Europa an der erſten Stelle ſtand, beruhte zur Hauptſache auf der politiſchen Zerſplitterung des deutſchen und des italieniſchen Volkes, die die Kräfte im Innern gegenſeitig band, die nicht erlaubte, daß die Volkskraft zuſammengefaßt und nach außen gewandt wurde, was die Stärke des früh geeinten Frankreich war. Beide oder wenigſtens einen der beiden Nationalſtaaten zu zerſtören, mußte das große Ziel der franzöſiſchen Politik ſein.. Gleich nach 1871 wurde das klar ausge-

sprochen, nur so konnte Frankreich wieder seine alte — von ihm als natürlich beanspruchte — Stellung in Europa erlangen. (Und weil dies durch den Krieg bei keinem gelang, fühlt sich heute Frankreich unbefriedigt. Und mit Recht. Nur die Zerstörung wenigstens eines der beiden Nationalstaaten konnte die ungeheuren Opfer des letzten Krieges rechtfertigen; Elsaß-Lothringen ist zu teuer bezahlt.)

Wir müssen der Versuchung widerstehen, darauf einzugehen, wie Cavour die Monarchie Victor Emanuels der Republik Mazzinis entgegenstellte, um die Einigung Italiens gegen den Willen Napoleons III., der drei italienische Königreiche wollte, durchzusetzen. In den siebziger Jahren schien es mehr als einmal, als wolle Frankreich durch einen Krieg die junge Einheit Italiens zerstören. Den mächtigen Impuls dazu gab die gewaltige klerikale Bewegung, die damals durch Frankreich ging und sich gegen das kirchenräuberische Königreich wandte. „Sauvez Rome et la France au nom du Sacré Coeur" sangen die Prozessionen, die die damalige fieberhafte Stimmung massenhaft erzeugte. Europa wußte, daß die Thronbesteigung des Grafen Chambord (und wie wenig fehlte, daß sie erfolgte) den Kreuzzug gegen Italien bringen werde.

Heinrich V. entfaltete das Lilienbanner nicht, und Frankreich verzichtete darauf, durch einen Krieg die Einheit Italiens zu zerstören. Mit andern Mitteln wurde das Ziel verfolgt. — Beide haben das Ziel verfolgt, la France rouge und la France noire, um mit Paul Seipel zu sprechen. Abwechselnd die eine wie die andere, und oft genug beide gleichzeitig. Die Verbindung der französischen Radikalen mit den italienischen Radikalen, die Verbindung der französischen Klerikalen mit dem Vatikan wurden ausgenutzt und konnten ausgenutzt werden, denn bekämpft wurde vom Vatikan, wie von den italienischen Radikalen das italienische Königtum. Es ist dies das Seitenstück zu der seit Richelieu verfolgten Politik Frankreichs in Deutschland. Dort werden, um die Einheit des Reichs zu sprengen, enge Beziehungen zu einzelnen Fürsten unterhalten: Rheinbundpolitik. Hier wird, um die Einheit zu sprengen, die Monarchie bekämpft. Das eine wie das andere vom französischen Standpunkte aus unbedingt richtig und durch die Verhältnisse gegeben.

In den Grundzügen und manchen Einzelheiten war diese italienische Politik der dritten Republik bekannt. Die großartige Fundgrube für die europäische Geschichte der vierzig Jahre vor dem Weltkrieg, die Aktenpublikation des deutschen Auswärtigen Amtes (Die Große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914, Berlin 1922 ff.) bringt eine Menge Einzelheiten.

Es ist nicht richtig, wenn man annimmt, Italien habe nur deshalb das Bündnis mit Deutschland und Österreich-Ungarn gesucht, um sich vor einem Angriff Frankreichs zu sichern. Das Bündnis mit den beiden Monarchien sollte die Monarchie in Italien stärken. Schon in der Präambel des Vertrages kommt dies zum Ausdruck: „Leurs Majestés , . animées du désir . . . de fortifier le principe monarchique . . ." Wir würden hierauf keinen Wert legen, wenn dieser Passus auch im deutsch-öster-

reichischen Bündnis von 1879 enthalten wäre, aber dort fehlt er. Bezeichnender sind Äußerungen italienischer Staatsmänner, die wir in der deutschen Aktenpublikation finden. Wir greifen zwei aus der Zeit der Vorverhandlungen, als es sich nur um einen Neutralitätsvertrag mit Österreich handelte, heraus:

Der italienische Unterstaatssekretär für Äußeres, Baron Blanc, macht im Dezember 1881 dem österreichischen Botschafter in Rom, Graf Wimpfen, gegenüber besonders geltend, „daß der Schritt, Italien an Österreich durch eine Abmachung zu binden, auch in der Absicht gewagt werden sollte, etwas für die Erhaltung und Rettung des sehr bedrohten Königtums zu tun." — Bei der ersten amtlichen Besprechung, die der italienische Botschafter in Wien, Graf Robilant, mit dem österreichischen Minister des Äußeren, Graf Kalnoky, am 18. Januar 1882 hatte, weist Robilant darauf hin, „daß die Gefahren, die der italienischen Monarchie von Frankreich aus drohen könnten, nicht zu unterschätzen seien; wie von dort aus Anstrengungen gemacht würden, die republikanische Regierungsform auch auf Italien auszudehnen."

In Wien und Berlin ist man auf das italienische Bündniswerben vor allem deshalb eingegangen, weil man die Monarchie in Italien stützen wollte. Sehr bezeichnend sind zwei Äußerungen der leitenden Staatsmänner. Der deutsche Botschafter in Wien schreibt am 23. Dezember 1881 über eine Unterredung mit Kalnoky: „Wie er mir schon neulich gesagt, wünsche er das Königtum überall und in erster Linie auch in Italien zu unterstützen." „Ich resümiere die Ansichten des Grafen Kalnoky dahin, daß er gern etwas für das Königtum tun möchte, daß er wenig Vertrauen in Verträge mit Italien setze, daß er aber vor allen Dingen seinem Kaiser nichts vorschlagen möchte, ohne die kaiserliche (deutsche) Regierung vorher zu Rat gezogen zu haben." Bismarck antwortet darauf am 31. Dezember, obwohl er ganz allgemein Bedenken gegen ein Bündnis mit Italien habe, da man dadurch leicht in Händel verstrickt werden könne, „so würde ich doch dazu raten, das, was der König von Italien zur Kräftigung seiner Stellung wünscht, nicht einfach abzulehnen."

Es ist nun aber doch nicht so, daß hier der monarchische Gedanke die Außenpolitik leitet, so wie es in der Restaurationszeit der Fall war. Es stehen vielmehr recht realpolitische Erwägungen dahinter: Geht die Monarchie zugrunde, so zerfällt Italien in Republiken und wird von Frankreich beherrscht. Also eine Störung des bestehenden Kräfteverhältnisses. In Wien beunruhigte noch besonders der Gedanke an eine norditalienische Republik wegen ihrer Anziehungskraft auf die italienischen Teile des Habsburgerreiches. Dann kommt, aber merkwürdigerweise nicht in erster Linie, die Überlegung, daß Italien durch ein Bündnis abgehalten würde, sich auf die französische Seite zu schlagen. Aber auch dies gipfelt in der Frage: Monarchie oder Republik. Stürzt das Königtum, so werden die italienischen (Föderativ-) Republiken unter französische Führung kommen.

Was für uns wichtig ist: wie auf französischer, so auch auf deutscher

und österreichischer Seite die Überzeugung, daß nur die Monarchie die Einheit Italiens aufrecht erhält.

Der Dreibund hat mehr als 30 Jahre bestanden, von seiner außenpolitischen Bedeutung aber sehr stark eingebüßt. Etwa von 1900 ab ist er kaum mehr, als was zuerst geplant worden ist: ein Neutralitätsvertrag zwischen Italien und Österreich. Italien war sicher, daß Frankreich nicht mehr an Land von ihm begehrte, als es 1860 erhalten hatte, die römische Frage hatte ihre Schärfe verloren und wegen der afrikanischen Aspirationen Italiens, denen sich Frankreich entgegenstellte, es auf einen Krieg mit Frankreich ankommen zu lassen, hat sich jede deutsche Regierung entschieden geweigert. Andererseits hat man in Berlin nie ernsthaft mit der militärischen Unterstützung durch Italien in einem Krieg mit Frankreich gerechnet, das geht aus den Akten mit voller Klarheit hervor, und als sich England auf die Seite Frankreichs stellte, konnte man nur hoffen, daß Italien im Kriegsfalle neutral bleiben werde. (Wir halten es für ausgeschlossen, daß die italienische Neutralitätserklärung im August 1914 in Berlin und Wien wirklich überrascht hat. Im Jahre 1882 war durch eine „Déclaration ministérielle“ auf Betreiben Italiens ausdrücklich festgesetzt worden, daß bei einem Kriege gegen England der Bündnisfall nicht gegeben sei. Wenn auch diese Erklärung nicht erneuert worden ist, gegen ein mit England verbündetes Frankreich konnte Italien 1914 so wenig wie 1882 kämpfen.)

In Italien ist der Dreibund nie populär gewesen. Die Sympathien der meisten Italiener wenden sich dem sprach- und kulturverwandten Frankreich zu. Der Dreibund war Verstandessache, eine Vernunftehe hat man ihn genannt. Die Italiener sind das Volk des Kontinents, bei dem die Politik am meisten von der kühlen Überlegung beherrscht wird, sie lassen sich ja gern die Engländer des Südens nennen. Der Dreibund gab Italien Rückhalt gegen Übergriffe Frankreichs, am stärksten aber war seine innenpolitische Wirkung. Er kräftigte die Monarchie. So hat man ihn auch in Italien, zumal die geistige Elite, soweit sie sich mit Politik abgab, aufgefaßt. Ihm brachte man den jedem Italiener unendlich schmerzlichen Verzicht auf die Volksgenossen innerhalb der österreichischen Grenzen. Wer monarchistisch war, war verstandesmäßig dreibundfreundlich und monarchistisch war man — verstandesmäßig —, weil die Monarchie die Einheit Italiens verbürgt.

Nach der Gründung des Dreibundes gibt Frankreich sein Bestreben, die Monarchie zu untergraben und damit die Einheit zum Einsturz zu bringen, nicht auf. Es hat jetzt noch mehr Ursache, dahin zu streben, denn durch die Republik würde Italien aus dem Bündnis mit Deutschland gelöst. Crispi, Ministerpräsident, beklagt sich dem deutschen Reichskanzler Caprivi gegenüber am 10. November 1890, daß Frankreich drei Botschafter in Italien unterhalte: den ersten beim König, den zweiten beim Papst und den dritten bei der Presse. Im gleichen Monat äußert er sich zum österreichischen Botschafter über die „maßlose Agitation des republikanischen Frankreich“. Baron Blanc, nun Außenminister, spricht im Oktober 1895 zu dem deutschen Botschafter v. Bülow von der von

Paris aus geleiteten republikaniſchen und vatikaniſchen Propaganda in Italien, und ſchon im Juli des gleichen Jahres hatte Bülow an das Auswärtige Amt geſchrieben: „... daß ... die Franzoſen hier im letzten Ende den Umſturz des Beſtehenden, die Auflöſung des italieniſchen Einheitsſtaates und die Föderativrepublik anſtreben, iſt zweifellos.“ — Bei einer Zuſammenkunft mit dem Reichskanzler Bülow am 28. September 1904 ſagt ihm der damalige Miniſterpräſident Giolitti, Papſt Leo XIII. und Rampolla hätten das Ziel verfolgt, die italieniſche Monarchie zu beſeitigen, um eine italieniſche Föderativrepublik unter franzöſiſchem Schutz und mit dem Papſt an der Spitze herzuſtellen.

Wenn wir ſo gezeigt haben, daß nach den Anſichten der Kabinette von Rom, Berlin, Wien und Paris die Einheit Italiens von der Monarchie abhängig iſt, ſo glauben wir, unſere Behauptung genügend geſtützt zu haben.

Die radikalen Republikaner mazziniſtiſcher Richtung ſtarben aus, gleichzeitig aber auch die, die gegen ſie gekämpft und den Wert der Monarchie für Italien kennen gelernt hatten. Die Konſervativen werden immer ſchwächer, die politiſche Entwicklung geht immer mehr nach Links und Frankreich, das um die Jahrhundertwende ins radikale Fahrwaſſer gerät, übt immer ſtärkeren Einfluß auf das politiſche Denken Italiens aus. Die Gefahr aus dem Vatikan iſt nicht mehr vorhanden, aber die Konſervativen ſehen die Gefahr, die der Monarchie und ſomit dem Einheitsſtaate droht. Und ſie klagen, ihr Kampf ſei nutzlos, denn der König ſelbſt ſei im Herzen Republikaner. Das Königtum verliert an innerer Kraft.

Es iſt bekannt, wie Italien durch eine maßloſe Agitation der radikalen Elemente gegen den Willen aller Konſervativen und gemäßigt Liberalen (Giolitti), gegen den Willen von König und Parlament in den Krieg hineingetrieben worden iſt. Genau wie die Linke dem ſchwachen Königtum Victor Emanuels II. 1870 mit der Revolution und dem Sturze der Dynaſtie droht, wenn er auf der Seite (des konſervativen) Frankreichs in den Krieg ziehen würde, genau ſo droht dem ſchwachen Königtum Victor Emanuels III. die Linke 1914/15 mit der Revolution und dem Sturze der Dynaſtie, wenn er nicht gegen die konſervativen Kaiſerreiche in den Krieg ziehe. Viel verhängnisvoller als die Teilnahme am Krieg ſelbſt mit den Menſchenverluſten und der Zerrüttung der Finanzen iſt u. E. für Italien die Art des Eintritts in den Krieg: die legitime Staatsgewalt unterlag der Drohung der Straße. Das Königtum rettete ſich, wurde aber unendlich geſchwächt. So geſchwächt konnte es der Aufgaben nicht Herr werden, die die erſten Jahre nach dem Kriege an es ſtellten. Die Schwäche des Königtums, die Schwäche der legitimen Staatsgewalt machte einen Muſſolini möglich.

Muſſolini hat getan, was der König nicht konnte: er hat Italien gerettet. Aber nur für den Augenblick. Beſtehen kann die heutige Ordnung auf die Dauer nicht. Schon zeigt auch der Faszismus ſelbſt Zerſetzungserſcheinungen, es iſt wahrſcheinlich, daß über kurz oder lang ein großer Teil der Fasziſten zu ſeinen ſozialiſtiſch-kommuniſtiſchen Ur-

sprüngen zurückkehren wird. Bevor dies geschieht, bevor die Spannung im Innern übergroß wird, muß die Überleitung Italiens in gesetzmäßige Zustände erfolgen. Vielleicht versucht es Mussolini; gelingt es, dann hat er Italien zum zweiten Mal gerettet. Versucht er es nicht, dann ist die entscheidende Stunde für das Haus Savoyen gekommen. Dann ruft die höchste Königspflicht. Was Mussolini nicht will oder nicht wagt, der König muß es wagen und es kann ihm gelingen. Das ganze Ansehen des Königtums und der König selbst, der volle Einsatz!

Mißlingt es oder versagt der König, so wird die Erfahrung bald lehren, ob Italien des einigenden Bandes der Monarchie entbehren kann.

Volkskunst und Stilkunst.

Von **Adolf Helbok**, Innsbruck.

Man hat lange Zeit auf die Volkskunst als etwas Minderwertiges herabgeschaut und schon die Unterscheidung Stilkunst-Volkskunst, die heute gang und gäbe geworden ist, läßt erkennen, daß man in den künstlerischen Erzeugnissen des Volkes wenig Stil sieht. Und doch hat auch die Volkskunst ihren Stil.

Es darf vielleicht lehrreich sein, über das Verhältnis beider einige Betrachtungen anzustellen, zumal sich heute weite Kreise der Volkskunst, wie überhaupt dem Volkstum und den Äußerungen der Volksseele, mit wachsendem Interesse zuwenden.

Wenn man in ein Museum geht, hat man vielfach den Eindruck, daß Volkskunst etwas ist, das von oben herab befruchtet wird. Da sehen wir Bauernstuben im Stile der Renaissance, nur nicht so formstreng wie die Werke ihrer klassischen Blüte, und auch zeitlich viel jünger. Und sehen wir in die heutigen Verhältnisse, so finden wir, daß die Masse des Volkes zur modernen Kunst zunächst kein, ja ein negatives, nämlich ein abweisendes Verhältnis hat. Darum sprechen viele der Volkskunst die Eigenschaft zu, gesunkenes Kulturgut zu sein.

Sicher liegt hier eine wertvolle Beobachtung, denn immer braucht es lange Zeit, bis die Mehrzahl zu Schöpfungen der Einzelpersönlichkeit ein Verhältnis gewinnt und sicher ist erst dann ein Herabsinken einer Kunstrichtung in den Geschmack weiter Kreise möglich, wenn sie längere Zeit geherrscht hat. Es scheint hier der physikalische Vorgang eines schichtenweisen Absinkens vorzuliegen, den wir in der Natur kennen und begreifen.

Auch verstehen wir, daß bei einem solchen Vorgange eine Art Auflösung der strengen, schulgemäßen Form eintritt, im Falle der Volkskunst wollen wir aber nicht behaupten, daß dies zu Formlosigkeit führt, sondern wir können uns eher denken, daß die Art der Übernahme umgestaltet. Zunächst sehen wir nämlich, daß das Fortwirken alter erprobter handwerklicher Techniken verändernd wirkt. So hat manchen-